

Hoffnung auf Arbeit blieb unerfüllt EQUAL-Projekt für Migranten zieht Bilanz

Von Peter Liebers

Das Erfurter EQUAL-Projekt »Arbeit und Bildung International«, mit dem Asylbewerbern und jüdischen Übersiedlern der Zugang zum Stellenmarkt erleichtert werden soll, hat eine ernüchternde Bilanz gezogen.

Das Erfurter Projekt ist eine von bundesweit acht Entwicklungspartnerschaften, für die Deutschland in den letzten sechs Jahren aus dem EU-Sozialfonds 514,5 Millionen Euro erhielt. Damit werden 75 Prozent der Kosten gedeckt. Den Rest finanzieren Arbeitsverwaltungen und Kommunen.

Die mit dem Projekt geweckten Hoffnungen bleiben indes weitgehend unerfüllt. Das erklärte Ziel, Asylbewerbern und jüdischen Zuwanderern Zugang zu Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, kollidiert mit dem restriktiven Arbeitsgenehmigungsverfahren, so Dagmar Beer-Kern aus dem Arbeitsstab der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration. Die Bundesrepublik habe kein Interesse, Asylbewerber in den Arbeitsmarkt einzubeziehen, hieß es mit bemerkenswerter Offenheit.

Die Einschätzung deckt sich mit den Erfurter Erfahrungen. Von den 20 Teilnehmern des 2002 gestarteten ersten EQUAL-Projektes haben nach Angaben des Flüchtlingsrates nur zwei den Einstieg in eine berufliche Perspektive geschafft. Die Schwierigkeiten beginnen für viele schon während der Ausbildung. Von den 160 Teilnehmern des aktuellen Projektes sind mehr als 20 bereits wieder ab-

gesprungen. Viele hätten wegen Problemen mit der Ausländerbehörde und häufigen Anwaltskonsultationen keine Zeit zum Lernen, hieß es in Erfurt. Zugleich wurde darauf verwiesen, dass unter den Asylbewerbern viele Akademiker sind, deren Wissen brach liege.

Viele Migranten seien längst integriert, aber noch immer nicht anerkannt, so Beer-Kern. Nach Bundesangaben leben 28 Prozent der geduldeten Asylbewerber bereits seit vier Jahren, 32 Prozent sogar seit zehn bis 20 Jahren in Deutschland. Für ihre Kinder bestehe in einigen Bundesländern trotzdem noch immer keine Schulpflicht und selbst nach einem erfolgreichen Schulabschluss sei es nicht selbstverständlich, dass sie eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, so Beer-Kern.

Der Thüringer Flüchtlingsrat machte darauf aufmerksam, dass parallel zu den sinkenden Asylbewerberzahlen in den vergangenen Jahren der Anteil der Ablehnungen steigt. Für die jüdischen Zuwanderer ist die Situation günstiger, da sie ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erhalten.

Während der Veranstaltung stellten Kursteilnehmer ihre während der Ausbildung erarbeiteten Projekte vor, die sich unter anderem mit Themen wie dem jüdischen Leben in Erfurt und Asyl in Deutschland beschäftigten. Dabei warfen sie auch die Frage auf: »Müssen wir in Deutschland immer Fremde bleiben?«